

Wartungsvertrag

zwischen

Stadtwerke Verkehrsgesellschaft Frankfurt am Main mbH

Kurt-Schumacher-Straße 8

60311 Frankfurt am Main

- nachstehend „**AG**“ genannt -

und

XXXXXXXXXX

XXXX

XXXXXXX

- nachstehend "**AN**" genannt -

- „**AG**“ und „**AN**“ gemeinschaftlich nachfolgend „**Vertragsparteien**“ genannt -

Präambel

Der Auftragsumfang beinhaltet den Lieferumfang der Fahrtreppen sowie die vom AN zu erbringenden Leistungen. Dieser Wartungsvertrag, der insoweit mit Zuschlagserteilung zwischen AN und AG ebenfalls zustande kommt, regelt die zu erfüllenden Leistungen des AN in Bezug auf die Wartung und Inspektion der Fahrtreppen sowie die dafür notwendigen Randbedingungen mit dem Ziel, unerwünschte Ausfallereignisse und Fehler mit Auswirkungen auf den Betrieb zu vermeiden bzw. diese durch eine hohe Zuverlässigkeit der Fahrtreppen zu minimieren.

§ 1 Vertragsgegenstand

Dieser Wartungsvertrag legt die zu erfüllenden Pflichten des AN in Bezug auf die Wartung und Inspektion der von ihm zu errichtenden Fahrtreppen fest.

§ 2 Vertragsbedingungen

(1) Ergänzend zu diesem Wartungsvertrag gelten bei etwaigen Widersprüchen die nachfolgend genannten Vertragsbestandteile in der genannten Rangfolge, wobei der Wartungsvertrag den nachfolgenden Vertragsbestandteilen vorgeht:

- die anlässlich der Europaweiten Ausschreibung zur Erneuerung von Verkehrsfahrtreppen in U-Bahnstationen der VGF -veröffentlicht im Supplement zum Amtsblatt der Europäischen Union Nr. 20XX/S XXX-XXXXXX am XX.XX.20XX, erstellten Verhandlungsprotokolle, die erstellten Unterlagen und Anlagen und die daraufhin vom AN abgegebenen Angebote nebst allen Ergänzungen und Antworten auf Fragen bzw. Fragenkataloge, Prüf- und Wartungspläne einschließlich Schmiertabellen,
- die einschlägigen technischen Vorschriften einschließlich der DIN-Normen und der europäischen Spezifikationen.

(2) Soweit zwischen den Vertragsparteien nicht anderweitig ausdrücklich schriftlich vereinbart, finden die Allgemeinen Geschäfts –oder Vertragsbedingungen (AGB) des AN keine Anwendung. Dies gilt auch bei einer etwaigen Bezugnahme des AG auf Unterlagen, Angebote oder sonstige Schreiben des AN.

§ 3 Vertragspflichten des AN

(1) Dieser Wartungsvertrag ist ein Werkvertrag. Er umfasst - gegen Zahlung der unter § 11 vereinbarten Vergütung - die nachfolgend genannten Pflichten des AN.

(2) Der AN verpflichtet sich zur Wartung und Inspektion der in § 1 dieses Vertrages bezeichneten Fahrtreppen. Die Wartung und die Inspektion umfasst nach DIN 31051:2003-06 fortgesetzt die Maßnahmen zur Verzögerung des Abbaus des vorhandenen Abnutzungsvorgangs sowie fortgesetzt die Maßnahmen zur Feststellung und Beurteilung des Ist-Zustandes einer Betrachtungseinheit einschließlich der Bestimmung der Ursachen der Abnutzung und dem Ableiten der notwendigen Konsequenzen für die künftige Nutzung. Der AN verpflichtet sich zur Wartung und Inspektion der Fahrtreppen nach Maßgabe der, dem Zuschlag im o.g. Wettbewerbsverfahren (vgl. § 2 Abs. 1 dieses Vertrages) zugrundeliegenden, herstellerspezifischen Vorgaben. Die Pflichten des AN umfassen insbesondere die zweimonatige, fachmännische und systematische Wartung und betriebsmäßige Prüfung aller Teile entsprechend der Nutzung der Fahrtreppen und ihrer technischen Ausstattung. Ziel dabei ist es, bauteilbedingte Störungen mit Auswirkungen auf den Betrieb, welche zu einer Verminderung der Verfügbarkeit und damit des Gebrauchswertes für den AG führen, zu vermeiden. Die Wartung und Inspektion der Fahrtreppen einschließlich der dazugehörigen Betriebsanlagen ist deshalb auf ein Optimum der Gebrauchsfähigkeit auszurichten. Betriebsübliche Verunreinigungen hat der AN während den Wartungszyklen regelmäßig zu beseitigen, um insbesondere Brandlasten auf ein Minimum zu reduzieren.

(3) Die Wartungs- und Inspektionsarbeiten des AN hat dieser dem AG rechtzeitig, mindestens 3 Tage vor Beginn mitzuteilen.

(4) Einen etwaigen Reparaturbedarf hat der AN dem AG unverzüglich anzuzeigen. Vor der Durchführung von Reparaturen einschließlich dem Ersatz von Bauteilen und Baugruppen ist der AN verpflichtet, dem AG unverzüglich über sämtliche geplanten Maßnahmen und den vorgesehenen Termin sowie der voraussichtlichen Dauer der Arbeiten zu informieren. Reparaturen, Ersatz von Bauteilen und Baugruppen bedürfen der ausdrücklichen Beauftragung des AN durch den AG.

(5) Soweit Bauteile und Baugruppen vom AN zu ersetzen sind, verpflichtet sich dieser, ausschließlich Originalteile zu verwenden.

(6) Der AN ist verpflichtet, für die wiederkehrenden Prüfungen durch die zugelassene Stelle (z.B. TÜV-Prüfungen) im notwendigen Umfang Fachkräfte sowie, falls erforderlich, Belastungsgewichte für sämtliche prüfungsvorbereitenden und -begleitenden Tätigkeiten zur Verfügung zu stellen. Der

AN hat den AG hierüber rechtzeitig zu informieren. Die Beauftragung der wiederkehrenden Prüfungen erfolgt durch den AG, der auch die Kosten der zugelassenen Prüfungsstelle (z.B. TÜV) übernimmt.

(7) Um die Zugänglichkeit der Fahrtreppen einschließlich ihrer Anlagen für den AN zu vereinfachen, gestattet der AG dem AN - soweit technisch und tatsächlich möglich - Schlüsseltresore im Bereich der Fahrtreppen auf Kosten des AN anzubringen. In jedem Fall ist der AN verpflichtet, vor der Einrichtung eines Schlüsseltresors sich mit dem AG abzustimmen.

§ 4 Vorgehensweise bei Störungen

(1) Eine Störung ist die unbeabsichtigte Beeinträchtigung der Funktionserfüllung einer Fahrtreppe, einer Baugruppe oder eines Teiles derselben. Tritt eine Störung an einer Fahrtreppe, deren Baugruppe oder Teile auf, so wird diese vom AG oder eines durch diesen beauftragten Dritten überprüft. Wird festgestellt, dass die Störung in den Verantwortungsbereich des AN fällt, so wird dieser umgehend benachrichtigt.

Folgende Störungen fallen nicht in den Verantwortungsbereich des AN:

- Unfallschäden, die nicht direkt aus einem defekten Bauteil resultieren,
- Schäden infolge Vandalismus,
- Schäden infolge höherer Gewalt,
- Schäden resultierend aus durch den AN nachzuweisender falscher Bedienung durch Instandhaltungspersonal (z. B. Auffüllen der falschen Ölsorte oder von zuviel Öl), sollten diese nicht eindeutig auf fehlerhafte Instandhaltungs- und Bedienungsanleitungen des Herstellers zurückzuführen oder durch den AN selbst verursacht sein,
- Schutzabschaltungen, die durch Überspannungen hervorgerufen werden,
- Messungen und Prüfungen sofern sie nicht der Fehlerbehebung am Lieferumfang des AN dienen (auch gesetzlich vorgeschriebene Überprüfungen),
- Ausfälle, die durch vorschriftswidrigen oder unsachgemäßen Betrieb verursacht oder nicht verhindert wurden,
- Aufwendungen für Außenreinigung,
- Verunreinigungen der Treppen, die ein betriebsübliches Maß übersteigen (betriebsüblich sind insbesondere Verunreinigungen durch Staub, Flusen, Laub, kleinere Steine und durch Fußgängerverkehr verursachte Verschmutzungen),

(2) Der AN ist verpflichtet, Störungen, die in seinen Verantwortungsbereich fallen, nach Eingang der Störungsmeldung unverzüglich, spätestens innerhalb von 24 Stunden, mit der Störungsbeseitigung vor Ort zu beginnen. Nach spätestens weiteren 24 Stunden muss die Störung beseitigt sein. Folgeschäden, die auf eine nicht fristgerecht behobene Störung zurückzuführen sind, sind zu Lasten des AN zu beheben. Bei Störungen, die zum Ausfall der Fahrtreppe führen wird nach Verstreichen der angegebenen Frist eine Entschädigungszahlung in Höhe von 500 EUR pro Tag fällig. Ausgenommen von dieser Regelung sind die in Anlage 1 genannten Komponenten und Baugruppen. Für diese gelten die in Anlage 1 genannten Fristen zuzüglich 24 Stunden ab Störungsmeldung. Der AN hat dem AG nach Abschluss der Störungsbeseitigung deren Ergebnis zu übermitteln. Die Beseitigung der Störungen, die in den Verantwortungsbereich des AN fallen (§ 4 Abs. 1 dieses Vertrages) hat der AN für den AG kostenfrei zu erbringen.

Fallen Störungen nicht in den Verantwortungsbereich des AN, ist dieser zur Störungsbeseitigung innerhalb der vorstehenden Zeiten nur dann verpflichtet, wenn der AG den AN hierzu ausdrücklich beauftragt. Der AN erhält in diesen Fällen für die von ihm zu erbringenden Leistungen eine Vergütung nach zwischen AN und AG noch zu vereinbarenden Kostensätzen.

(3) Den Vertragsparteien bleibt es unbenommen, einvernehmlich zu vereinbaren, dass die Beseitigung von Störungen, die in den Verantwortungsbereich des AN fallen, durch qualifiziertes und geschultes Personal des AG oder dessen beauftragten Dritten erfolgen kann. In diesem Fall trägt der AN die anfallenden Kosten. Der AG hat dem AN die vollständigen Kostennachweise vorzulegen.

(4) Kommt der AN seiner Pflicht zur Störungsbeseitigung nicht oder nicht rechtzeitig nach, so ist der AG berechtigt, die Störungsbeseitigung selbst oder durch Dritte auf Kosten des AN vorzunehmen. Die Geltendmachung etwaiger weitergehender Schadensersatzansprüche bleibt hiervon unberührt.

§ 5 Datenerfassung und Dokumentation

Die durchgeführten Wartungs- und Inspektionsarbeiten sind schriftlich zu dokumentieren. Der durch den AN auszustellende und dem AG zu übergebende Nachweis muss mindestens folgende Daten beinhalten:

- Anlagennummer
- AG-interne Anlagenbezeichnung
- Detailliertes Wartungsergebnis

- Durchgeführte Arbeiten (wenn nicht im Wartungsumfang enthalten)
- Datum
- Ausführender der Arbeiten
- Unterschrift des Ausführenden
- Name und Unterschrift des AG

Der AG erhält unmittelbar nach Fertigstellung der Arbeiten einen schriftlichen Nachweis über alle durchgeführten Tätigkeiten. Dieser Nachweis ist vom AG gegenzuzeichnen. Eine Kopie erhält der AN, das Original verbleibt beim AG.

§ 6 Materialien

(1) Sämtliche vom AN zu verwendenden und verwendeten Putz-, Schmier- und Reinigungsmittel sind im Leistungsumfang des AN enthalten und sind - vor deren Verwendung - mit dem Sicherheitstechnischen Dienst des AG abzustimmen.

(2) Der Leistungsumfang des AN umfasst auch den Ölwechsel unter Einhaltung der Bestimmungen der Schmieranweisungen, Schmierpläne und Schmiertabellen inklusive der Lieferung des Öls. Unabhängig hiervon ist spätestens nach Vollendung des vierten Jahres und vor Ablauf der Vertragslaufzeit ein Ölwechsel durchzuführen. Die Entsorgung des Altöls erfolgt durch den AG.

§ 7 Vorhalten von Werkzeugen

Der AN verpflichtet sich, die für die Leistungserbringung erforderlichen Werkzeuge, Messgeräte und sonstige Hilfsmittel vorzuhalten.

§ 8 Entsorgung

Die Entsorgung von nachweispflichtigen Abfallmaterialien wie Altöl, Leuchtmittel sowie nicht mehr verwendbare oder benötigte Ersatzteile gehört zu den Leistungspflichten des AG.

§ 9 Fachliche Qualifikation und Unterbeauftragung

(1) Der AN verpflichtet sich, nur qualifizierte und geschulte Fachkräfte für alle im Rahmen dieses Vertrages anfallenden Arbeiten einzusetzen.

(2) Der AN ist berechtigt, nur nach vorheriger schriftlicher Zustimmung des AG den Wartungsvertrag gemäß den Bedingungen dieses Vertrages durch Dritte durchführen zu lassen.

§ 10 Nicht im Wartungsvertrag enthaltene Leistungen

Nicht vom Vertrag erfasst und nicht durch die vereinbarte Vergütung abgegolten sind insbesondere die nachstehenden Leistungen:

- Modernisierung der Fahrtreppen, Einbau neuer oder zusätzlicher Einrichtungen und Teile, die eine konstruktive oder sicherheitstechnische Verbesserung der Anlagen darstellen, auch wenn sie von Sachverständigen, Behörden oder Versicherungsgesellschaften gefordert werden,
- das Beseitigen von Schäden, die durch Einwirkung von Feuer (mit Ausnahme von Feuer, welches durch Mängel der Anlagen verursacht worden ist), Gebäudesenkung, unsachgemäße Überlastung oder unsachgemäße Benutzung der Anlagen, Vandalismus oder andere, vom AN nicht zu vertretende Ursachen erforderlich werden. Den Nachweis des Nichtvertretenmüssens hat der AN zu erbringen. Zur Schadensbeseitigung hat der AN dem AG jedoch geeignete Lösungen anzubieten,
- die Reparatur und den Ersatz von Balustraden, Beleuchtungskörpern, Eloxal –und sonstigen äußeren Verkleidungen sowie Schönheitsreparaturen jeder Art,
- die Übernahme von Gebühren der zugelassenen Stelle für wiederkehrende Prüfungen (z.B. TÜV-Prüfungen),
- die Reinigung der Räume außerhalb der Antriebs- und Umkehrstation sowie die Innenreinigung und Beseitigung von Verschmutzungen des Tragkörpers.

§ 11 Vergütung, Vergütung sonstiger Leistungen

(1) Für die im Rahmen dieses Vertrages vom AN zu erbringenden Leistungen hat der AG an den AN eine Monatspauschale von € _____ EUR/Monat (in Worten: _____ Euro), pro Fahrtreppe ab Abnahme durch den Projektleiter der VGF zuzüglich der jeweils gültigen Umsatzsteuer zu zahlen. Die Zahlung erfolgt gegen jährliche Rechnungsstellung nach Leistungserbringung durch den AN mit Zahlungsziel 30 Tage netto.

(2) Der AN ist berechtigt, Leistungen, die über diesen Vertrag hinausgehen und zu deren Erbringung er vom AG ausdrücklich beauftragt wurde, dem AG in Rechnung zu stellen, es sei denn, die Leistungen sind im Rahmen der Gewährleistung des AN oder im Rahmen sonstiger Vereinbarungen zwischen AG und AN zu erbringen.

§ 12 Haftung, Verjährung, Mängelbeseitigung

(1) Bei Nicht- oder Schlechterfüllung der vertraglich geschuldeten Leistungen haftet der AN für Schäden und Verluste, die dem AG oder Dritten in Erfüllung oder bei Gelegenheit der Erfüllung entstehen, nach den gesetzlichen Vorschriften. Der AN haftet in gleicher Weise für Schäden und Verluste, die durch seine Betriebsangehörigen und Erfüllungsgehilfen verursacht werden.

(2) Zur Sicherstellung etwaiger Schadensersatzansprüche hat der AN dem AG den Abschluss einer Betriebshaftpflichtversicherung mit mindestens folgenden Deckungssummen pro Jahr (zweifach maximiert) nachzuweisen und bis zum Ablauf der Verjährungsfristen aufrecht zu erhalten:

Personenschäden: 10.000.000,00 EUR

Sachschäden/Vermögensschäden: 10.000.000,00 EUR

Der AN hat den Versicherungsschutz durch Vorlage einer entsprechenden Police spätestens innerhalb von 2 Wochen nach Vertragsschluss nachzuweisen. Der AN ist zur sofortigen Anzeige verpflichtet, wenn und soweit der Versicherungsschutz in der vereinbarten Höhe nicht mehr besteht oder in Frage gestellt ist. Dies gilt auch, sofern die pro Versicherungsjahr zur Verfügung stehenden Deckungssummen aufgebraucht sind oder werden. Der AG kann Zahlungen von dem Nachweis des Bestehens des Versicherungsschutzes abhängig machen.

(3) Die Ansprüche des AG aus diesem Vertrag verjähren in fünf Jahren. Die Verjährung beginnt mit der Abnahme der jeweils seitens des AN zu erbringenden Leistungen durch den AG.

(4) Während der Gewährleistungsfrist gerügte Mängel, zu denen z.B. fehlerhafte Arbeit, mangelhafte Ausführung oder das Fehlen der vertraglich vereinbarten Beschaffenheit gehören, hat der AN spätestens 24 Stunden nach Eingang der Mitteilung des AG unentgeltlich die Fehler zu beseitigen. Kommt der AG der Fehlerbeseitigung binnen einer Frist von 24 Stunden nicht nach, so ist der AG berechtigt, die Mängel nach vorhergehender Ankündigung selbst zu beseitigen oder durch Dritte beseitigen zu lassen. Dabei entstehende Kosten oder Aufwendungen hat der AN zu tragen.

§ 13 Vertraulichkeit

Beide Vertragsparteien werden ihre betroffenen Mitarbeiter verpflichten, die bei der Durchführung des vorliegenden Wartungsvertrages bekannt gewordenen Geschäftsgeheimnisse des jeweiligen Vertragspartners vertraulich zu behandeln und insbesondere Programme oder Unterlagen Dritten nicht ohne Zustimmung der jeweils anderen Vertragspartei zugänglich zu machen. Diese Verpflichtung gilt entsprechend im Falle einer Unterbeauftragung gemäß § 9 Abs. 2 dieses Vertrages und bleibt über den Zeitpunkt der Vertragsbeendigung hinaus bestehen.

§ 14 Vertragsdauer und Kündigung

(1) Der Wartungsvertrag wird für die Dauer von fünf Jahren abgeschlossen, wobei sich die Dauer nach der jeweils erfolgten vertragsgemäßen Abnahme der entsprechenden Fahrtreppe richtet.

(2) Der AG kann den Vertrag gemäß § 648 BGB jederzeit kündigen. Darüber hinaus steht dem AG neben den gesetzlichen besonderen Kündigungsrechten die Kündigung aus wichtigem Grund bei Verletzung der Vertragspflichten zu. Der AN kann den Vertrag nur aus wichtigem Grund kündigen.

(3) Ein wichtiger Kündigungsgrund liegt insbesondere vor, wenn

- (a) die Fahrtreppenanlagen vom AG dauerhaft stillgelegt werden,
- (b) der AN infolge wesentlicher technischer oder sonstiger Änderungen der Anlagen nicht mehr auf die erforderlichen Wartungs –und Instandsetzungsarbeiten eingerichtet ist,
- (c) das Vertrauensverhältnis zwischen den Parteien auf Grund nach Vertragsschluss getretener Umstände erheblich gestört ist oder andere tatsächliche Umstände vorliegen, auf Grund derer den Vertragsparteien ein Festhalten an dem Vertrag nicht mehr zugemutet werden kann,
- (d) über das Vermögen des AN das Insolvenzverfahren beantragt worden oder die Leistungsfähigkeit des AN aus anderen Gründen so beeinträchtigt ist, dass ein Vertrauen in seine Möglichkeit zur vertragsgerechten Erfüllung nicht mehr besteht.
- (e) der AN auf Anforderung die verlangte Betriebshaftpflichtversicherung nicht nachweist bzw. der Versicherungsschutz nicht weiter fortbesteht,

(4) Wird dem AN aus einem wichtigen Grund gekündigt, so sind nur die bis dahin tatsächlich vertragsgemäßen und nachgewiesenen Leistungen, soweit sie vom AG verwertet werden können, zu vergüten. Schadensersatzansprüche des AG bleiben davon unberührt.

(5) Kündigt der AG nach § 649 BGB oder hat der AN den wichtigen Grund für die Kündigung nicht zu vertreten, so hat der AN Anspruch auf die volle Vergütung der bis dahin erbrachten Leistungen, jedoch unter Abzug der ersparten Aufwendungen sowie des anderweitigen Erwerbes im Sinne des Wartungsvertrag Fahrtreppen 02/2024

§ 649 S. 2 BGB. Den AN trifft nach vorzeitiger Vertragsbeendigung die Darlegungs –und Beweislast für die bis zur Kündigung tatsächlich erbrachten Leistungen sowie die entsprechende Vergütung.

(6) Die Kündigung bedarf der Schriftform. Erfolgt die Kündigung aus wichtigem Grund, sind die maßgeblichen tatsächlichen Umstände darzulegen.

(7) Hat der AN die Kündigung zu vertreten, so bleiben Schadensersatzansprüche des AG davon unberührt.

(8) Ist der Vertrag durch Kündigung beendet, haben beide Vertragsparteien seine Abwicklung nach Möglichkeit zu fördern. Dem Interesse einer Partei an Maßnahmen zur Beweissicherung haben sie Rechnung zu tragen und die nötigen Auskünfte zu erteilen.

§ 15 Schlussbestimmungen

(1) Dieser Vertrag ist zweifach gefertigt. Jeder Vertragsteil erhält eine Ausfertigung.

(2) Änderungen und Ergänzungen dieses Vertrages bedürfen der Schriftform. Dies gilt auch für die Aufhebung des Schriftformerfordernisses. Nebenabreden zu diesem Wartungsvertrag bestehen nicht und sind unwirksam.

(3) Sollten einzelne Bestimmungen dieses Vertrages unwirksam sein oder aus tatsächlichen oder Rechtsgründen nicht durchgeführt werden können, ohne dass damit die Aufrechterhaltung des Vertrages für einen der Vertragspartner insgesamt unzumutbar wird, werden dadurch die übrigen Bestimmungen dieses Vertrages nicht berührt. Das gleiche gilt, falls sich eine Regelungslücke zeigen sollte. Anstelle der unwirksamen oder undurchführbaren Bestimmungen oder zur Ausfüllung einer Regelungslücke ist eine Bestimmung zu vereinbaren, die dem von den Vertragspartnern angestrebten Zweck wirtschaftlich am nächsten kommt.

(4) Gerichtsstand und ausschließlicher Erfüllungsort ist Frankfurt am Main, sofern zwingende gesetzliche Bestimmungen nichts anderes bestimmen.

(5) Für die vertraglichen Beziehungen zwischen AN und AG gilt ausschließlich Recht der Bundesrepublik Deutschland (BRD).